

Satzung der Stadt Offenburg über die Erhebung der Vergnügungssteuer

vom Gemeinderat beschlossen am 12.10.2015

Satzung der Stadt Offenburg über die Erhebung der Vergnügungssteuer

§ 1

Steuererhebung

Die Stadt Offenburg erhebt eine Vergnügungssteuer als örtliche Aufwandssteuer nach den Vorschriften dieser Satzung.

§ 2

Steuergegenstand

Der Besteuerung unterliegen die im Stadtgebiet veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen):

1. Stripteasevorführungen, Peep-Shows, Tabledances sowie Darbietungen ähnlicher Art
2. Veranstaltungen von Sexdarbietungen jeglicher Art in Nachtlokalen, Bars und anderen Unternehmen
3. die Vorführung von Sex- und Pornofilmen oder anderen inhaltlich vergleichbaren Bilddarbietungen, die nicht gemäß § 14 Abs. 2 oder 7 des Jugendschutzgesetzes vom 23.07.2002 gekennzeichnet sind, in Nachtlokalen oder ähnlichen Betrieben des Gaststättengewerbes
4. das Bereitstellen von Filmkabinen zur Vorführung von Filmen, die nicht gemäß § 14 Abs. 2 oder 7 des Jugendschutzgesetzes vom 23.07.2002 gekennzeichnet sind
5. die entgeltliche Bereitstellung an öffentlich zugänglichen Orten (z.B. in Spielhallen und Gaststätten) von
 - a) Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeiten
 - b) Spiel-, Geschicklichkeits- und sonstigen Unterhaltungsgeräten ohne Gewinnmöglichkeiten

Als öffentlich zugänglich gelten auch Orte, die nur gegen Entgelt, gleich welcher Art, oder nur von einem bestimmten Personenkreis (z.B. Vereinsmitgliedern, Volljährigen) betreten werden dürfen.

6. die Bereitstellung von sonstigen Spieleinrichtungen (Spieltische, Roulette u.ä.) mit Gewinnmöglichkeiten gemäß § 33 d Gewerbeordnung
7. das Vermitteln oder Veranstellen von
 - a) Pferdewetten
 - b) Sportwetten

in Einrichtungen (Wettbüros), die neben der Annahme von Wettscheinen auch das Mitverfolgen der Wettereignisse ermöglichen.

§ 3

Steuerbefreiungen

Von der Steuer befreit sind:

1. Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit, die nach ihrer Bauart nur für Kleinkinder bestimmt oder geeignet sind
2. Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeit, die auf Jahrmärkten, Volksfesten und ähnlichen Veranstaltungen bereitgehalten werden
3. die Bereitstellung von überwiegend mechanischen Dart-, Kicker- und Billardgeräten sowie von Musikautomaten
4. die entgeltliche Benutzung von Warenspielautomaten

§ 4

Steuerschuldner und Haftung

- (1) Steuerschuldner ist der Unternehmer, der Betreiber oder der Veranstalter. Mehrere Unternehmer, Betreiber oder Veranstalter haften als Gesamtschuldner.
- (2) Steuerschuldner ist bei Vergnügungen im Sinne von § 2 Nr. 4-6, wer die Filmkabinen bzw. die Spielgeräte oder Spieleinrichtung aufstellt und auf seine Rechnung betreibt.
- (3) Neben dem Veranstalter, Unternehmer oder Betreiber haftet als Gesamtschuldner, wer zur Anmeldung nach § 7 verpflichtet ist, sowie der Besitzer der Räume oder Grundstücke, in denen steuerpflichtige Geräte oder Spieleinrichtungen aufgestellt sind oder in denen steuerpflichtige Veranstaltungen durchgeführt werden, wenn er im Rahmen der Veranstaltung Speisen oder Getränke verkauft oder an den Einnahmen oder dem Ertrag beteiligt ist.

§ 5

Bemessungsgrundlage

- (1) Für Veranstaltungen nach § 2 Nr. 1-3 wird die Vergnügungssteuer nach der Größe der Veranstaltungsfläche erhoben.
Als Veranstaltungsfläche gelten alle für das Publikum zugänglichen Flächen mit Ausnahme der Bühnen- und Kassenräume, Kleiderablagen, Toilettenanlagen und ähnlicher Nebenräume.
Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von dem im Freien gelegenen Flächen nur die für die Zuschauer bestimmten Flächen anzurechnen.
- (2) Für Veranstaltungen nach § 2 Nr. 4 wird die Vergnügungssteuer nach der Anzahl der Filmkabinen erhoben.

- (3) Für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit nach § 2 Nr. 5 a) wird die Vergnügungssteuer nach dem Einspielergebnis erhoben.

Das Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezählten Nettokasse. Diese errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse zuzüglich Röhrenentnahmen (sog. Fehlbetrag), abzüglich Röhrenauffüllungen, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld sowie der gesetzlichen Umsatzsteuer.

Bei der Verwendung von Chips, Token und dergleichen ist der hierfür maßgebliche Geldwert zugrunde zu legen.

Das negative Einspielergebnis eines Gerätes im Kalendermonat ist mit dem Wert 0,-- Euro anzusetzen.

- (4) Für Veranstaltungen nach § 2 Nr. 5 b) und Nr. 6 wird die Vergnügungssteuer nach der Anzahl der genutzten Geräte bzw. sonstigen Spieleinrichtungen je angefangenem Kalendermonat erhoben.
- (5) Bei der Besteuerung von Wettbüros im Sinne von § 2 Abs. 7 ist die Fläche der genutzten Räume maßgebend.
Als Fläche der genutzten Räume gilt die Fläche der für die Besucher bestimmten Räume einschließlich der Theken, jedoch ohne Kleiderablagen, Toilettenanlagen und ähnliche Nebenräume.

§ 6

Steuersätze

- (1) Die Steuer beträgt für Veranstaltungen nach § 2 Nr. 1-3 je Veranstaltungstag und angefangene 10 qm Veranstaltungsfläche im Sinne des § 5 Abs.1 € 3,00.
Für die im Freien gelegenen Teile der Veranstaltungsfläche ist jeweils die Hälfte der vorstehenden Sätze zu berechnen.
- (2) Bei der Besteuerung nach der Anzahl der Kabinen nach § 2 Nr. 4 beträgt der Steuersatz 120,-- € je Kabine für jeden angefangenen Kalendermonat.
- (3) Bei der Besteuerung von Spielgeräten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Nettoeinspielergebnis nach § 2 Nr. 5 a) beträgt der Steuersatz für jeden angefangenen Kalendermonat
- a) für das Bereitstellen von Spielgeräten in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen je Spielgerät 20 v.H. des Nettoeinspielergebnisses, mindestens jedoch 120,00 €.
 - b) für das Bereitstellen von Spielgeräten außerhalb von Spielhallen je Spielgerät 20 v.H. des Nettoeinspielergebnisses, mindestens jedoch 60,00 €.

Die Steueranmeldung erfolgt nach § 10 Abs. 1 für jedes Kalendervierteljahr.

- (4) Bei der Besteuerung nach der Anzahl der Spielgeräte nach § 2 Nr. 5 b) beträgt der Steuersatz je Gerät je angefangenem Kalendermonat
- a) in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen 100,00 €.
 - b) außerhalb von Spielhallen 50,00 €.
- (5) Für Spieleinrichtungen nach § 2 Nr. 6 beträgt die Steuer je zugelassenem Spielplatz 65,00 €.

- (6) Für Geräte im Sinne des § 2 Nr. 5 b), mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere, Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges, pornografische oder die Würde des Menschen verletzende Praktiken und ähnliches dargestellt werden, beträgt unabhängig vom Aufstellort der Steuersatz
je Gerät für jeden angefangenen Kalendermonat 440,00 €.

Die Voraussetzungen für die Erhebung der erhöhten Steuer sind in jedem Fall als gegeben anzusehen, wenn das auf dem Gerät installierte Spiel von der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) keine Jugendfreigabe nach § 14 Jugendschutzgesetz erhalten hat oder von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) in die Liste der jugendgefährdenden Medien aufgenommen wurde.

Die Freigabe ist mit der Anmeldung vorzulegen.

- (7) Die Steuer für Wettbüros nach § 2 Abs. 7 beträgt je angefangenem Kalendermonat je angefangene 10 qm Veranstaltungsfläche 100,00 €.
- (8) Ist der Veranstaltungsort einen vollen Kalendermonat geschlossen, kann von der Festsetzung der Steuer abgesehen werden, wenn die vorübergehende Schließung zuvor der Stadt Offenburg schriftlich angezeigt worden ist.

§ 7

Anzeige- und Meldepflichten

- (1) Alle im Gebiet der Stadt Offenburg veranstalteten Vergnügungen nach § 2 Nr. 1-3 und die dazu benutzten Einrichtungen sind spätestens drei Werktage vor Beginn bei der Stadt Offenburg anzumelden.

Zur Anmeldung verpflichtet ist der Veranstalter, Betreiber, Unternehmer und der Besitzer der dazu benutzten Räume, Grundstücke oder Einrichtungen.

Bei mehreren aufeinander folgenden oder regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen eines Veranstalters am selben Veranstaltungsort (Dauerveranstaltungen) ist eine einmalige Anmeldung ausreichend.

Die Anmeldung hat spätestens drei Werktage vor Beginn der ersten Veranstaltung zu erfolgen. Veränderungen sind vor Beginn des jeweiligen Veranstaltungsmonats anzuzeigen.

- (2) Die Wettbüros sind spätestens eine Woche vor ihrer Eröffnung anzumelden. In der Anmeldung der Wettbüros müssen Ort und Zeitpunkt der Eröffnung und die Fläche des benutzten Raumes enthalten sein. Die Fläche des benutzten Raumes ist durch einen maßstabsgerechten Grundrissplan zu belegen.
- (3) Die Aufstellung und jede Veränderung, insbesondere die Entfernung von Geräten und Einrichtungen nach § 2 Nr. 4-6, haben der Unternehmer und der Besitzer der Räume innerhalb einer Woche nach Aufstellung bei der Stadt schriftlich anzuzeigen.
In der Anzeige sind der Aufstellort, die Art des Gerätes mit genauer Bezeichnung, die Zulassungsnummer, der Zeitpunkt der Aufstellung bzw. Entfernung, sowie Name und Anschrift des Aufstellers anzugeben.
Bei nicht rechtzeitiger Abmeldung wird die Steuer bis zum Ende des Monats des Bekanntwerdens der Außerbetriebsetzung erhoben.

- (4) Für Spielgeräte mit Gewinnmöglichkeit nach § 2 Nr. 5 a) hat der Steuerschuldner der Stadt Offenburg bis spätestens einen Monat nach Ablauf eines Kalendervierteljahres eine unterschriebene Steueranmeldung auf amtlich vorgeschriebenem Vordruck abzugeben. In der Steueranmeldung sind getrennt nach Aufstellort für jedes einzelne Gerät (mit Angabe der Gerätenamen, Zulassungsnummern und Auslesezeiträume) die vierteljährlich festgestellten Einspielergebnisse im Sinne von § 5 Abs. 3 aufzuführen und die Steuer zu berechnen.

Der Steueranmeldung sind alle Zählwerksausdrucke mit sämtlichen Parametern gemäß § 5 Abs. 3 für den Meldezeitraum anzuschließen.

Für die Steueranmeldung ist der Tag der letzten Leerung im jeweiligen Kalendervierteljahr als Auslesetag der elektronisch gezählten Nettokasse zugrunde zu legen.

Für das Folgekalendervierteljahr ist lückenlos an den Auslesetag (Tag und Uhrzeit des Ausdrucks) des Vorkalendervierteljahres anzuschließen.

Die Auslesung der Nettokasse muss mindestens einmal pro Monat erfolgen.

§ 8

Vorauszahlungen, Sicherheitsleistungen

Die Stadt Offenburg ist berechtigt, Vorauszahlungen oder Sicherheitsleistungen in der voraussichtlichen Höhe der Steuerschuld zu verlangen.

Ergibt sich bei der geleisteten Vorauszahlung eine Nachzahlung, so ist diese innerhalb von 7 Kalendertagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

Ergibt sich eine Rückerstattung, wird diese nach Bekanntgabe des Steuerbescheides geleistet oder durch Aufrechnung ausgeglichen.

Wird die geforderte Vorauszahlung oder Sicherheitsleistung nicht entrichtet, kann die Veranstaltung untersagt werden.

§ 9

Entstehung der Steuerpflicht

- (1) Die Steuerpflicht entsteht in den Fällen des § 2 Nr. 1-3 mit Beginn der Veranstaltung.
- (2) Die Steuerpflicht für Vergnügungen nach § 2 Nr. 4-6 entsteht mit der Aufstellung des Spielgerätes, der Spieleinrichtung bzw. der Kabine und endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem dieses endgültig entfernt wird.
- (3) Die Steuerpflicht für Wettbüros nach § 2 Nr. 7 beginnt mit der Inbetriebnahme des Wettbüros und endet mit der Aufgabe des Wettbüros.

§ 10

Festsetzung und Fälligkeit der Steuer

- (1) Die Stadt Offenburg setzt die Steuer gemäß § 2 Nr. 1-5a), sowie für Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeiten, sonstige Spieleinrichtungen und Wettbüros nach § 2 Nr. 5 b)-7 aufgrund des Nachweises der Anmeldepflichtigen, sowie der von Amts wegen durchgeführten Ermittlungen, durch Steuerbescheid fest und gibt den Bescheid dem Steuerschuldner bekannt.

Wird die Anmelde- oder Nachweispflicht durch den Anmeldepflichtigen gemäß § 7 nicht ausreichend erfüllt und sind infolgedessen die Besteuerungsgrundlagen nicht mit Sicherheit festzustellen, so kann die Stadt Offenburg die Steuer nach den für die Veranstaltung in Betracht kommenden Besteuerungsgrundlagen schätzen sowie Verspätungszuschläge erheben.

Wird die Steueranmeldung nicht oder nicht rechtzeitig abgegeben, gelten die in § 6 Abs. 4 genannten Höchstbeträge als Festbeträge.

- (2) Steuerbescheide für regelmäßig wiederkehrende Veranstaltungen i.S. von § 2 Nr. 1– 4, für Spielgeräte ohne Gewinnmöglichkeiten nach § 2 Nr. 5 b, für sonstige Spieleinrichtungen nach § 2 Nr. 6 und für Pferde- und Sportwetten nach § 2 Nr. 7 gelten jeweils, bis ein neuer Bescheid oder ein Änderungsbescheid ergeht.

§ 11

Festsetzung in besonderen Fällen

Werden Meldepflichten der Steuergegenstände nach § 2 Nr. 1 – 4 und 5 b – 7 nicht oder unzureichend erfüllt, können die Besteuerungsgrundlagen geschätzt, sowie Verspätungszuschläge erhoben werden.

§ 12

Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften

- (1) Die Bediensteten der Stadt Offenburg bzw. von der Stadt Offenburg beauftragte Personen sind berechtigt, Aufstellorte und Veranstaltungsräume während der üblichen Geschäftszeiten und während Veranstaltungen zur Nachprüfung und Feststellung von Steuertatbeständen zu betreten und die Geschäftsunterlagen einzusehen.
- (2) Die Steuerschuldner und die von ihm beauftragten Personen haben auf Verlangen unverzüglich innerhalb von 5 Arbeitstagen Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Zählwerksausdrucke und andere Unterlagen vorzulegen und Auskünfte zu erteilen.
- (3) Die Steuerschuldner und die von ihm beauftragten Personen sind verpflichtet, bei der Überprüfung den von der Stadt Offenburg beauftragten Personen unentgeltlich Zutritt zu den Veranstaltungs- und Geschäftsräumen zu gestatten.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig

- a) den Anzeige- und Meldepflichten nach § 7 nicht nachkommt,
- b) trotz Aufforderung nach § 12 keine Aufzeichnungen, Bücher, Geschäftspapiere, Zählwerksausdrucke und andere Unterlagen vorlegt, die notwendigen Auskünfte nicht erteilt, oder den von der Stadt Offenburg beauftragten Personen keinen Zutritt zu den Aufstellungsorten und Veranstaltungsräumen gewährt.

und es dadurch ermöglicht, eine Abgabe zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 10.000,00 € geahndet werden.

§ 14

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am 01.01.2016 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Vergnügungssteuersatzung in der Fassung vom 17.06.2013 außer Kraft.